

---

## **Nicht jeden in die Wüste schicken**

### **Gespräch mit Karl-Michael Bormann über die Lage der Gewerkschaften in der ehemaligen DDR\***

---

Karl-Michael Bormann, geb. 1949 in Radebeul, war lange Zeit Sekretär beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst der DDR. Seit Oktober 1990 ist er Bezirksleiter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Berlin.

Frage: Wie stellt sich die aktuelle Lage der Gewerkschaften in den ostdeutschen Ländern aus der Sicht des Funktionärs einer Gewerkschaft dar?

Antwort: Die „Einheitsgewerkschaft“ FDGB, die bis zum Oktober 1989 die sogenannte Interessenvertretung wahrnahm, unterscheidet sich wesentlich von dem, was jetzt gewerkschaftlich möglich ist. Früher wurde im Prinzip jeder, der einen Lehrvertrag abschloß, Gewerkschaftsmitglied und blieb es bis zu seinem Lebensende. Tarifliche Entscheidungen wurden zentral gefällt, die Gewerkschaften haben lediglich „abgenickt“. Tarifverträge, wie sie jetzt möglich sind, gab es nicht. Mitbestimmung war eigentlich nur auf betrieblicher Ebene in einer gewissen Form möglich - im Zusammenhang mit dem Betriebskollektiv-Vertrag. Das ist in etwa vergleichbar mit Betriebsvereinbarungen, wie sie Betriebs- und Personalräte abschließen. Aber auch dabei gab es zentrale Vorgaben, so daß der Spielraum eingeengt war. Um ein Beispiel zu geben: Für die Bauindustrie wurden in der ehemaligen DDR relativ hohe

---

\* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 28. Mai 1991 in Berlin.

Tarifabschlüsse gemacht, während die Landwirtschaft, die im Gegensatz zur Bauindustrie immer den Plan erfüllt hat, hinterher hinkte. Es war eben eine politische Entscheidung, daß die Bauindustrie im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm gefördert wurde. Deshalb haben die dort Beschäftigten eigentlich Geld für etwas bekommen, wofür sie nicht selbst gearbeitet haben. Die Kollegen der Bauindustrie mögen mir verzeihen, aber in der Landwirtschaft, speziell in den volkseigenen Betrieben, ist unter schwersten Bedingungen gearbeitet worden, und die Beschäftigten haben nicht immer das gekriegt, was ihnen eigentlich zustand. Ich kann das deshalb gut einschätzen, weil ich zehn Jahre lang Mitarbeiter beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Land, Nahrungsgüter und Forst war.

Nach einem guten halben Jahr als Bezirksleiter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) in Berlin muß ich sagen, daß die Gewerkschaften unter den jetzigen Bedingungen wesentlich mehr Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Das liegt daran, daß sie prinzipiell von jeder politischen Richtung, Partei, von jeder staatlichen Instanz unabhängig sind. Und diese Unabhängigkeit steht nicht nur auf dem Papier, wie bei uns in der Vergangenheit so vieles nur auf dem Papier stand, es gibt sie in der Praxis. Man kann Tarifverhandlungen im Interesse der Kollegen führen, und Forderungen gegenüber den Arbeitgebern durch Demonstrationen Nachdruck verleihen. Wenn die Gewerkschaft die Mitgliedschaft hinter sich hat, besteht die Möglichkeit, bestimmte Dinge im Rahmen des Systems durchzusetzen.

Werden die Gewerkschaften im Bewußtsein der Bürger der ehemaligen DDR in der Nähe des ehemaligen FDGB angesiedelt?

Das ist ein sehr interessantes Thema. Wer hier als alter Funktionär übernommen wurde, hat natürlich ein großes Problem mit dem Vertrauen. Ich bekenne mich ebenso offen zu meiner Vergangenheit wie zu meinen Vorstellungen über die Zukunft. Man ist ja nicht Gewerkschaftsfunktionär geworden, weil man keine Lust zum Arbeiten hat, sondern das hat ja durchaus etwas mit Berufung zu tun, weil das persönliche Engagement im Vordergrund steht. Natürlich wird man in den Betrieben immer wieder gefragt, woher man kommt. Die Kollegen akzeptieren das, wenn man mit offenen Karten spielt. Ich halte es für entscheidend, keinen Hehl daraus zu machen, woher man kommt. Wer 40 Jahre in der ehemaligen DDR gelebt hat, der hat eine Vergangenheit zu der er stehen muß, sonst ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Wir mußten uns durch gewählte Delegierte bestätigen lassen, die wirklich frei und ohne vorbereitete Personalunterlagen, wie das früher üblich war, in den Versammlungen entscheiden konnten. Das heißt natürlich nicht, daß keine Fragen mehr gestellt werden. Oft genug wird unterstellt, die Gewerkschaft sei eigentlich nur ein Instrument, um den Kollegen irgendwelche Dinge nahezuzubringen und habe eigentlich keine Machtmittel. Da hat sich in 40 Jahren Gewerkschaftsarbeit der DDR bei den Leuten etwas aufgebaut. Und seit dem

Oktober 1989 brauchen sie ein gewisses Ventil, um sich abreagieren zu können. Ich räume auf entsprechende Fragen immer ein, daß ich zehn Jahre lang in diesem Apparat gearbeitet habe, allerdings nie in herausgehobener Funktion. Wir haben auch damals versucht, das Beste daraus zu machen.

Ist es nicht doch problematisch, wenn viele ehemalige Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre wiederum gewerkschaftliche Funktionen erhalten?

Nach meiner Kenntnis hat zum Beispiel die IG Metall keine alten Funktionäre übernommen. Das hat einen Vorteil, aber auch einen großen Nachteil. Der Vorteil besteht darin, daß man mit Leuten anfängt, die nicht belastet sind. Den Nachteil sehe ich darin, daß etwa Kollegen, die aus den Betrieben kommen, relativ wenig Erfahrung mit praktischer Gewerkschafts- und Organisationsarbeit haben. Sicherlich ist es ein gewisses Risiko, wenn eine kleine Gewerkschaft wie die GGLF 173 Kolleginnen und Kollegen aus dem alten Apparat übernimmt. Aber wenn für die Verwaltungsangestellten eine sechsmonatige und für die politischen Sekretäre eine neunmonatige Probezeit vorgesehen wird, und schließlich Bezirks- beziehungsweise Landeskonferenzen den Ausschlag geben, ob die Kollegen akzeptiert werden, dann sind das erhebliche Sicherheitsvorkehrungen. Man kann doch nicht, wie das in den Medien häufig praktiziert wird, jeden, der in der Nähe dieses Systems war, in die Wüste schicken - wir sind schließlich hineingeboren worden. Die Kollegen, die in der ehemaligen DDR Gewerkschaftsarbeit gemacht haben, hatten bestimmte Ideale. Daß die Geschichte gezeigt hat, daß es nicht immer die richtigen Ideale waren, ist eine andere Frage. Aber man sollte den Menschen an dem messen, was er heute tut. Mir persönlich macht die Arbeit heute noch mehr Spaß als früher, weil man wirklich unabhängig und eigenständig arbeiten kann. Man hat Freiraum, den man gezielt nutzen kann. Dabei können auch bestimmte Erfahrungen aus der Vergangenheit recht wertvoll sein.

Ist so etwas wie „Vergangenheitsbewältigung“ auch innerhalb der Gewerkschaften notwendig?

Ich wäre für eine Aufarbeitung, auch im Zusammenhang mit dem FDGB. Historiker und Gewerkschafter sollten sich zusammensetzen und bestimmte Probleme angehen. Heute sieht es so aus, als ob alles, was in der ehemaligen DDR existent war, den Bach hinuntergeht, und das System der Bundesrepublik Deutschland, das ja auch seine Tücken hat, komplett übergestülpt wird. Das verschärft einige Probleme, die schon bestanden haben. Bestimmte Dinge, zum Beispiel die Kindereinrichtungen, hätte man übernehmen können.

Was die Arbeit des FDGB auf Betriebsebene angeht, kann man den Kollegen eigentlich kaum einen Vorwurf machen. Der FDGB hatte mehr zu sagen als die Gewerkschaften und deren örtliche oder betriebliche Gliederungen. Aufgrund der staatsmonopolistischen Verkapselung war Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne gar nicht möglich. Die Schuld liegt am System, weniger an der einzelnen Gewerkschaft oder dem einzelnen Mitarbeiter. Eine Aufarbei-

tung wäre also sinnvoll, man müßte allerdings wissen, in welche Richtung man aufarbeiten will.

Gewerkschaften sind von ihrer Definition her Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Diese Funktion haben sie in der ehemaligen DDR kaum gehabt. Warum ist das 40 Jahre lang gutgegangen? Wieso ist seit dem 17. Juni 1953 nie gewerkschaftlicher Widerstand oder deutlicher Unmut von Arbeitnehmern hochgewachsen?

Die Antwort liegt in der Definition Lenins, wonach Gewerkschaften der Transmissionsriemen der Partei sind. Der FDGB hat zwar immer bestritten, daß er sich in dieser Rolle befindet, aber die Praxis hat gezeigt, daß es wirklich so war. Tatsächlich konnte der FDGB auf höherer Ebene gar nichts entscheiden. Das wurde im Politbüro erledigt. Und in vielen Betrieben bildeten Parteisekretär, Direktor und BGL (Betriebsgewerkschaftsleitung)-Vorsitzender eine Troika. Ein Grundübel war, daß die Gewerkschaften nicht vom Staat und von den Parteien unabhängig waren. Ich könnte mir vorstellen, daß die Gewerkschaften auch in einem sozialistischen Staat unabhängig sein können, aber in der DDR ist es nicht so gewesen.

An der Wende waren die Gewerkschaften nicht beteiligt. Früher sind Revolutionen vom Proletariat ausgegangen - diesmal war das nicht so. Warum eigentlich nicht?

Ich bin sehr viel in den Betrieben in der ehemaligen DDR unterwegs gewesen. Da gab es auch vorher zunehmend kritische Bemerkungen, und wir haben auch versucht, bestimmte Hinweise zu geben. Unterm Strich ist manchmal irgendwo etwas geändert worden, aber wir haben mehr die Aufgabe gehabt, den Kollegen zu erklären, warum es so sein soll, wie es ist. Wenn man sich das heute überlegt, dann ist das Ganze schizophran. Das ist eigentlich das Schlimmste, was man gemacht hat.

Die ökonomische Lage in Ostdeutschland ist miserabel. Es gibt Vorschläge, daß die Gewerkschaften eine Tarifpolitik machen sollen, die auf Verzicht im Westen hinausläuft. Wie siehst Du die Rolle der Gewerkschaften hüben und drüben in dieser schwierigen ökonomischen Situation?

Ich will das gar nicht trennen. Ich gehe davon aus, daß wir ein Staat sind - mit zwei Tarif gebieten, was ich für verrückt halte. Wenn Wirtschaftsminister Möllemann sagt, daß die Tarif abschlüsse Ost den Aufschwung bremsen, dann ist das meiner Ansicht nach die größte Lüge, die es geben kann. Es hat sich praktisch noch nie erwiesen, daß Tarif abschlüsse echte wirtschaftliche Probleme aufgeworfen haben, das wird von der Arbeitgeberseite nur immer wieder so dargelegt. Ein Betrieb, der wirtschaftlich am Boden ist, geht unter - ob mit 5 oder 6 Prozent Lohnerhöhung. Die betroffenen Arbeitnehmer aber bekommen entsprechend mehr oder weniger Arbeitslosengeld.

Die wirtschaftliche Situation hier im Osten ist tatsächlich verheerend: Die Umstellung der Betriebe wird völlig der Treuhand überlassen, die hauptsäch-

lich den Auftrag hat zu privatisieren. Das tut sie, und das ist auch richtig. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß man aus diesen Kombinatn wirtschaftlich robuste private Unternehmen gestalten kann, ohne daß der Staat dabei eingreift. Auch in der alten Bundesrepublik werden zum Beispiel landwirtschaftliche Betriebe subventioniert, sonst wären viele schon pleite. Gerade das wird aber für die ehemalige DDR abgelehnt. Von den 18 Stadtgütern Berlins etwa sollen nur elf übrigbleiben, obgleich jeder sich vorstellen kann, daß rund um Berlin Betriebe, die frische Lebensmittel produzieren, eine Perspektive haben. Heutzutage werden Milch und Frischfleisch von Bayern nach Berlin gekarrt - und zwar so hoch subventioniert, als wenn die Mauer noch stehen würde. Das begreift doch kein Mensch.

Auch in anderen Bereichen als der Landwirtschaft könnte man mit nicht allzu großem Aufwand die Ostexporte weiter fördern. Hier müßte der DGB gemeinsam mit den Gewerkschaften mehr Druck gegenüber Bonn machen, damit endlich eine Konzeption sichtbar wird.

Sind die Gewerkschaften denn nach Deiner Auffassung personell und intellektuell in der Lage, die notwendigen Konzepte zu entwickeln, etwa für die Landwirtschaft?

Auch in der Landwirtschaft gibt es genug Fachleute, die bereit wären, dabei aktiv mitzuwirken. Aber wenn von den hier ehemals knappen 1 Million Beschäftigten noch 200 000 übrigbleiben sollen, bricht im Prinzip alles zusammen. Ökonomisch gesehen wäre etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Großbetriebe in der Lage, marktwirtschaftlich zu produzieren, wenn auch mit anderen Technologien. Dann würde allerdings in der alten Bundesrepublik kein privater Landwirt mehr überleben können. Im Prinzip ist es so, daß die Landwirtschaft hier dem Landwirtschaftssystem der Bundesrepublik angepaßt wird: Wer sich als Einzelbauer selbständig macht, erhält jede Unterstützung.

Hüben und drüben gibt es gewisse Vorurteile übereinander. Eines davon besagt, daß es in der ehemaligen DDR mit der Arbeitsleistung nicht so weit her sei. Konkret wird zum Beispiel gesagt, es gebe mehr Hausarbeitstage als anderswo. Wie siehst Du das als erfahrener Gewerkschaftsfunktionär?

In der Landwirtschaft zum Beispiel ist das Grundübel viel eher die technologische Ausrüstung. Was die fachliche Ausbildung betrifft und auch den Arbeitswillen, unterscheidet sich der ostdeutsche vom westdeutschen Arbeiter überhaupt nicht. Die Arbeitsproduktivität wird sicher durch den Menschen bestimmt, aber im Zuge der Industrialisierung zunehmend auch davon, welche Technologie angewendet wird. Auf diesem Feld ist durch die Abschottungspolitik der ehemaligen DDR mehr Schaden entstanden als Nutzen. Das ist das Hauptübel neben den politischen und wirtschaftlichen Problemen. Die Melkmaschinen-Industrie war zum Beispiel einmal weltführend und sackte dann nach 1965 vollkommen ab, so daß zum Schluß nur noch die Mongolei in der

DDR irgendwelche Ziegenmelkmaschinen kaufte - nur unsere eigenen Leute mußten natürlich mit dem Ding arbeiten. Also: Die Arbeitsproduktivität ist bei uns nicht deswegen niedriger, weil wir faul und dumm sind, sondern weil die technologischen Möglichkeiten und Ressourcen nicht da waren. In der Industrie war es häufig so, daß die Kumpel nicht arbeiten konnten, weil kein Material da war. In den verarbeitenden Betrieben der Lebensmittelbranche hat es an Verpackungsmaterialien und an Messern gelegen, also an Klein-kram. Ich könnte den Mittag noch heute dafür in den Arsch treten, daß er für seine Mikroelektronik das ganze Geld verpulvert hat. Auch im Westen wird nur mit Wasser gekocht, wenn es da nicht die modernen Technologien gäbe, sähe es mit der Arbeitsproduktivität auch schlechter aus. Deshalb finde ich die Bemerkungen, daß hier alles marode ist, oft unangebracht. Hier haben viele Menschen hart arbeiten müssen, vielleicht härter als in der Bundesrepublik.

Wie ist es denn mit der Abwanderung von Arbeitskräften? Vor der Wende sind ja vor allem junge Leute aus der damaligen DDR weggegangen. Hält diese Bewegung nicht an?

Selbstverständlich. Wenn zum Beispiel Floristinnen in den Blumenläden nicht genug Geld gezahlt wird - und da geht es nicht um zwei DM, sondern um viel größere Einkommensunterschiede zwischen West und Ost -, dann werden sie weiterhin abhauen. Das große Problem ist, daß vor allem die jungen Fachleute weggehen, und daß viele Betriebe hier im Osten kaputtgehen, obwohl sie ein gutes Konzept haben: Es sind keine Leute da, die die Arbeit machen können. Deshalb müssen wir - entgegen den Aussagen von Möllemann - sehr schnell die Tarife für die Facharbeiter angleichen - vor allem hier im Berliner Raum. Sonst geraten die Arbeitnehmer im Westen demnächst unter noch stärkeren Leistungsdruck, weil der Arbeitgeber sagt: Wenn du hier nicht spurst, dann fliegst du raus und ich hole mir jemanden aus dem Osten, der zwei DM weniger bekommt. Und zu uns kommen logischerweise keine Fachleute aus dem Westen. Es ist also besser, man macht einen ordentlichen Tarif abschluss und stellt das nicht zurück - das hat sich in der Vergangenheit nicht ausgezahlt.

Qualifizierung und Umschulung sind zwei wichtige Stichworte auch für Gewerkschaften. In diesen Bereichen scheint vieles noch nicht in dem Maße zu laufen, wie das sein sollte.

Wir haben beispielsweise für die Stadtgüter in Berlin ein Umschulungsprojekt erarbeitet und dem Senat im Herbst vergangenen Jahres vorgelegt. Danach könnten 40 Kolleginnen zu Verkaufsgärtnerinnen umgeschult werden. Aber erst jetzt, ein dreiviertel Jahr später, läuft die Sache an. Das Problem ist ja nicht etwa, daß kein Geld da ist. Es fehlt an politischer Entscheidung und Umsetzung. Um es überspitzt zu sagen: Jetzt, wo ich ein bißchen Einblick in die Arbeitsweise des Senats habe, kommt es mir manchmal so vor, als ob die Bürokratie des staatstotalitären Systems DDR noch viel hätte lernen können.

Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Westdeutschen quasi in allen

Belangen irgendwie tonangebend sind oder sich so fühlen - auch im gewerkschaftlichen Bereich. Empfindet Ihr das als Bevormundung?

Ich kann nur für meine Gewerkschaft, die GGLF, reden und da habe ich nicht diesen Eindruck. Sicherlich gibt es bei bestimmten Dingen auch einmal andere Vorstellungen, als das vom Hauptvorstand gewünscht wird. Aber Bevormundung im engeren Sinne sehe ich eigentlich nicht. Wir können jetzt unsere Selbständigkeit ein bißchen ausleben. Sicherlich wird es Probleme geben, wenn wir keine Erfolge haben, wenn keine neuen Mitglieder kommen oder der Beitrag nicht pünktlich an die Hauptkasse abgeführt wird. Aber in der Zielsetzung sind wir uns einig. Ich bin mit der GGLF zufrieden und hoffe, daß die GGLF auch mit mir zufrieden ist.